Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Sachsen

TARIFRUNDE LÄNDER 2025/26

LIEBE ELTERN, WIR STREIKEN! UND WIR WISSEN, DASS DAS FÜR SIE EINE BELASTUNG DARSTELLT

*Am **21. Januar 2026** befinden sich Tarifbeschäftigte dieser Schule im Warnstreik. Das bedeutet, dass es zu zusätzlichem Unterrichtsausfall kommen kann. Die Entscheidung, in den Streik zu gehen, ist uns schwergefallen. Aber es ist ein notwendiger Schritt. Seit dem 3. Dezember 2025 verhandeln die Gewerkschaften mit den Länder-Arbeitgebern über dringend nötige Tariferhöhungen. Denn auch wenn die Preise nicht mehr so rasant steigen wie in den Jahren zuvor, steigen sie weiter. Da müssen auch die Einkommen der Landesbeschäftigten Schritt halten. Doch die Arbeitgeber haben bisher ein verhandlungsfähiges Angebot für Tariferhöhungen verweigert.*

Liebe Eltern,

uns ist bewusst, dass ein Warnstreik für Sie als Eltern und Familien eine Belastung darstellt. Deshalb gehen wir verantwortungsvoll damit um. Wir hoffen, dass wir uns mit den Arbeitgebern in der nächsten Verhandlungsrunde einigen können. Auch für uns sind Warnstreiks anstrengend und kräftezehrend. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Die Länder als Arbeitgeber haben in den laufenden Tarifverhandlungen nach wie vor kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verhandeln seit dem 3. Dezember mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die alle Bundesländer außer Hessen vertritt, über die Gehälter der Landesbediensteten. Die Gewerkschaften fordern eine Gehaltserhöhung um 7 Prozent, mindestens aber 300 Euro. Um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, muss der öffentliche Dienst mit der allgemeinen Tarifentwicklung Schritt halten. Insbesondere müssen die Gehälter der Landesbeschäftigten Anschluss halten an die der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen, die im April 2025 einen guten Tarifabschluss erreicht haben.

Doch die in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Länder-Arbeitgeber geben sich knauserig. Obwohl die Steuereinnahmen der Länder weiter steigen, verweigern sie ihren Beschäftigten ein Angebot, das ihre Leistung wertschätzt. Das können die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften nicht hinnehmen. Arbeitskämpfe sind das durch Grund- und Menschenrechte geschützte Mittel, mit dem sie ihre Interessen durchsetzen können. Dabei geht es zunächst um Warnstreiks, also kurze, meist eintägige Arbeitsniederlegungen. Erst wenn nach mehreren Verhandlungsrunden keine Einigung möglich ist, können die Gewerkschaften zu einem unbefristeten Erzwingungsstreik aufrufen. Davon sind wir noch weit entfernt. Aber die jetzt angekündigten Warnstreiks sind unvermeidlich, damit die Arbeitgeber sich in den Verhandlungen bewegen und die Forderungen der Beschäftigten endlich ernst nehmen. Denn schließlich sind es die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die viele wichtige Institutionen wie Schulen und Kitas am Laufen halten.

Uns ist bewusst, dass unsere Proteste und Streikmaßnahmen für Sie als Eltern und Familien eine Belastung darstellen. Deshalb gehen wir auch verantwortungsbewusst mit diesen um. Aber es geht nicht zuletzt darum, Ihren Kindern weiterhin gute Rahmenbedingungen für ihre Bildung zu gewährleisten. Dafür braucht es gesunde und motivierte Beschäftigte. Die gibt es nur, wenn die Arbeitsbedingungen passen.

Durch den eklatanten Fachkräftemangel an den Schulen und Kitas fällt übrigens weit mehr Unterricht aus als durch ein paar Stunden Warnstreik. Dieser Personalmangel im öffentlichen Dienst kann nur mit guten Arbeitsbedingungen behoben werden. Auch Kinder und Eltern haben ein Interesse daran, dass dadurch wieder mehr Menschen für die spannende Arbeit mit Kindern und Jugendlichen gewonnen werden können.

Wir hoffen auf Ihr Verständnis und bitten um Ihre Unterstützung.

Wir informieren Sie gerne über den Verlauf der Verhandlungen und anstehende Warnstreiks. Informationen zur Tarifrunde finden Sie auch unter: **www.gew.de/MEHR**.

Ihr Schul-Team

Impressum | GEW Sachsen | Nonnenstr. 58 | 04229 Leipzig | www.gew-sachsen.de | Verantwortlich: Burkhard Naumann |